

DER VOLKSWIRT

Die schwierige Suche nach Arbeit

Auch nach vielen Jahren in Deutschland finden Migranten seltener eine Stelle als Einheimische. Diese Beschäftigungslücke ist in den letzten Jahrzehnten deutlich gewachsen.

Von Paul Berbée und Jan Stuhler

Seit der Anwerbung der sogenannten Gastarbeiter in den 1960er- und 1970er-Jahren hat sich Deutschland zum weltweit zweitwichtigsten Zielland für Migranten entwickelt: Im Jahr 2023 lebten hierzulande mehr als 16 Millionen Menschen mit eigener Migrationserfahrung – so viele wie in keinem anderen Land außer den USA. Das entspricht etwa 19 Prozent der Bevölkerung oder knapp 30 Prozent, wenn auch die zweite Generation mit einbezogen wird. Menschen mit Migrationsgeschichte sind somit schon seit vielen Jahrzehnten ein wesentlicher Teil unserer Gesellschaft. Gleichzeitig hat sich Einwanderung im Laufe der Zeit zu einem der kontroversesten politischen Themen entwickelt. Ein entscheidender Faktor für die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen von Migration ist dabei die Integration von Einwanderern auf dem Arbeitsmarkt.

Wie hat sich die Situation der Einwanderer auf dem Arbeitsmarkt über die Jahrzehnte entwickelt? Eine Analyse der seit den 1970er-Jahren regelmäßig erhobenen Daten aus dem Mikrozensus gibt einen umfassenden Überblick. Die repräsentativen Daten ermöglichen es, Arbeitsmarktkennzahlen verschiedener Gruppen über lange Zeiträume zu vergleichen, angefangen vor über 60 Jahren mit den sogenannten Gastarbeitern bis zu den jüngsten Migrationsströmen aus dem Nahen Osten und der Ukraine. Da die Erwerbsbeteiligung von Frauen zwischen den Herkunftsländern stark variiert, konzentriert sich unsere Studie auf die Entwicklung der Erwerbsquoten und Einkommen für Männer.

Eine erste zentrale Beobachtung ist, dass Migranten insgesamt deutlich seltener einen Job haben als Einheimische gleichen Alters. Zehn Jahre nach Ankunft liegt ihre Erwerbsquote im Schnitt um zehn Prozentpunkte niedriger. Zur Verdeutlichung: Dies entspricht etwa dem Unterschied in der Erwerbsquote zwischen Einheimischen ohne Berufsabschluss (85,1 Prozent) und solchen mit Uniabschluss (95,8 Prozent). Entsprechend dieser Beschäftigungslücke ist auch die Abhängigkeit von Sozialleistungen unter Einwanderern im Schnitt deutlich höher als unter Einheimischen.

Die Erfahrungen in Deutschland stehen im Gegensatz zu den USA, wo Einwanderer überdurchschnittliche Beschäftigungsquoten aufweisen. Die Situation in Deutschland ist jedoch kein Einzelfall: In anderen mittel- und nordeuropäischen Ländern, wie Frankreich oder Schweden, sind die Beschäftigungsquoten von Einwanderern der ersten und zweiten Generation ebenfalls niedrig. Angesichts dieser Beschäftigungslücken stellt sich auch die Frage, wie nachhaltig der Beitrag von Migration zur Bewältigung des demographischen Wandels sein kann: Die Auswirkungen niedriger Geburtenraten und einer alternden Gesellschaft können nur dann effektiv abgefedert werden, wenn Einwanderer erfolgreich in den Arbeitsmarkt integriert sind.

Eine zweite Erkenntnis ist, dass die Chancen, in Arbeit zu kommen, sich zwischen verschiedenen Einwanderergruppen erheblich unterscheiden. So sind etwa die Einwanderer aus den östlichen EU-Staaten zehn Jahre nach ihrer Ankunft ähnlich häufig beschäftigt wie gleichaltri-

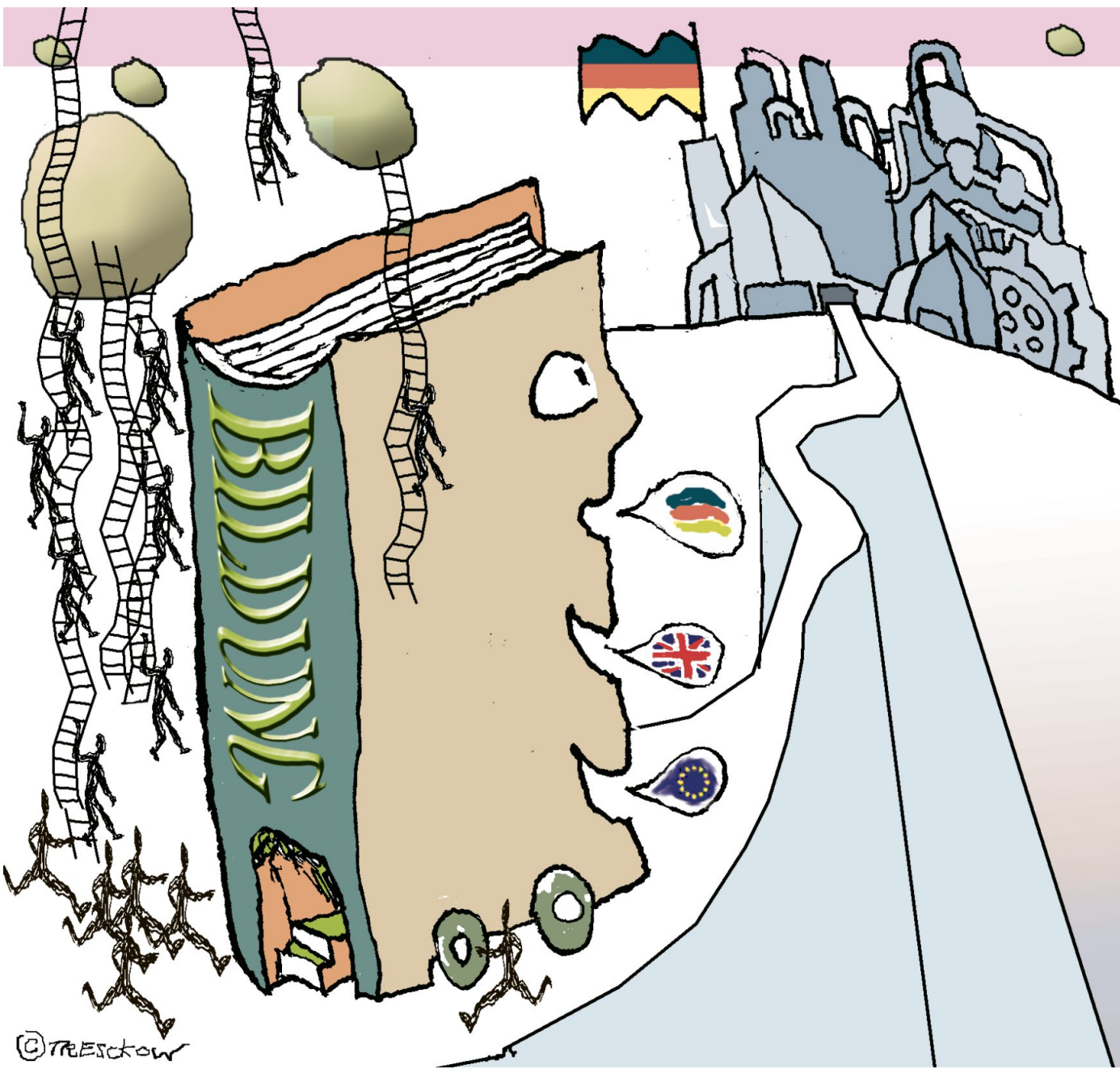


Illustration Peter von Tresckow

ge Einheimische. Neuankömmlinge aus Nordwesteuropa weisen sogar eine höhere Beschäftigungsrate und deutlich höhere Einkommen als der Durchschnittsdeutsche auf. Für Einwanderer aus dem Nahen Osten und Afrika beträgt die Beschäftigungslücke dagegen bis zu 20 Prozentpunkte. Für viele Gruppen bestehen auch in der zweiten Generation noch erhebliche Erwerbslücken.

Diese Unterschiede zwischen den Einwanderergruppen lassen sich anhand weniger Merkmale, wie dem Bildungsstand und dem Anteil von Geflüchteten, gut erklären. Der Arbeitsmarkterfolg verschiedener Gruppen erscheint also schon bei Ankunft vorhersagbar. Natürlich sind diese Beobachtungen retrospektiv und Vorhersagen aus der Wirtschaftsforschung generell mit Vorsicht zu genießen. Wenn wir jedoch einen Blick in die Kristallkugel wagen, implizieren die Erfahrungen, dass sich die Erwerbslücke der während der 2015/16 Flüchtlingswelle eintreffenden

Einwanderer bei etwa 20 Prozentpunkten einpendeln wird.

Eine dritte Erkenntnis ist, dass diese Beschäftigungslücken zwischen Migranten und Einheimischen im Laufe der Zeit stark gewachsen sind. Während Einwanderer aus den 1960er- und 1970er-Jahren zehn Jahre nach Ankunft ähnlich häufig in Arbeit waren wie Einheimische, ist die Beschäftigungslücke mittlerweile auf über 10 Prozentpunkte angewachsen. Das lässt sich durch den gestiegenen Anteil von Flüchtlingen und der gegenüber Einheimischen geringen Bildung in neueren Einwandererkohorten erklären. Wenn man diese Faktoren herausrechnet, ist kein signifikanter Trend in der Arbeitsmarktintegration über die Zeit erkennbar.

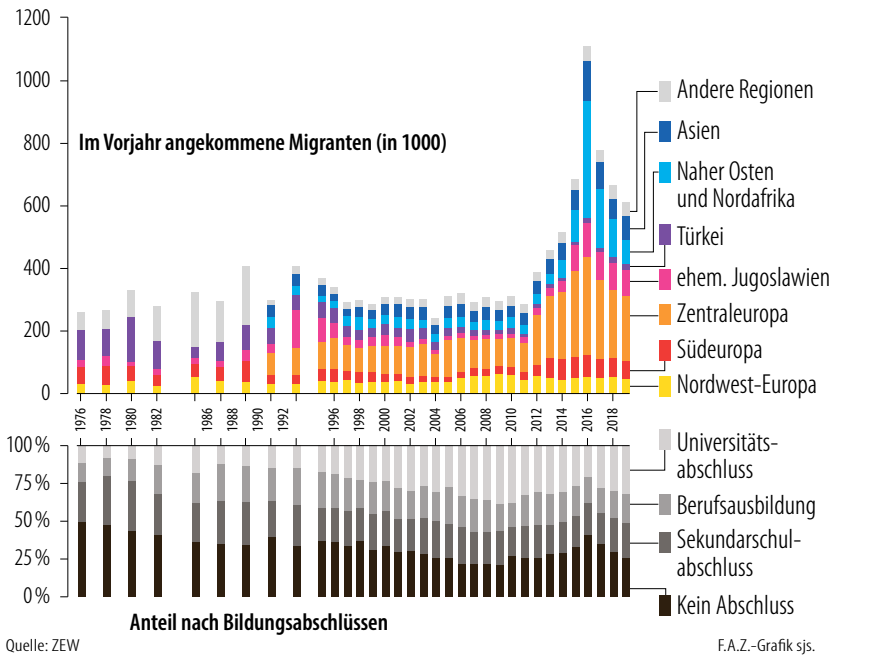
Diese Stagnation ist umso bemerkenswerter, als sich die Einwanderungs- und Integrationspolitik im Laufe der Zeit erheblich verändert hat. So wurden beispielsweise der Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft oder die Anerkennung

ausländischer Berufsqualifikationen vereinfacht und das Angebot an Sprach- und Integrationskursen erweitert. Obwohl die positiven Auswirkungen solcher Maßnahmen in der Forschung grundsätzlich belegt sind, schlagen sie sich im Zeitvergleich bisher nicht in verbesserten Arbeitsmarktkennzahlen nieder. Möglicherweise braucht es mehr Zeit, bis Verbesserungen in der Integrationspolitik auch im langfristigen Vergleich sichtbar werden, oder vielleicht werden diese durch andere strukturelle Veränderungen aufgehoben. Wenn sich beispielsweise der Bedarf auf dem Arbeitsmarkt zunehmend hin zu qualifizierten Fachkräften verschiebt, dürfte dies die Integration von Einwanderern, die solche Qualifikationen oft nicht vorweisen können, nachteilig beeinflussen.

Die Beobachtungen aus über fünf Jahrzehnten geben Hinweise darauf, wo Probleme und politischer Handlungsbedarf bestehen. Sie verdeutlichen, dass Integration ein sehr langwieriger Prozess ist und dass Migranten auch nach Jahrzehnten im Land stärker von wirtschaftlichen Schocks getroffen werden als Einheimische. Ein drastisches Beispiel dafür ist die Erfahrung der nach 1960 eingewanderten türkischen Gastarbeiter, deren Beschäftigungsquote trotz zunächst hoher Erwerbsbeteiligung in den frühen 1990er-Jahren um 25 Prozentpunkte einbrach. Zudem werden die Erwerbschancen von Migranten weiterhin stark von Herkunft und Bildungshintergrund geprägt. Dieses Ergebnis unterstreicht die Bedeutung einer vorausschauenden Zuwanderungspolitik, auch wenn bei der Aufnahme von Flüchtlingen natürlich humanitäre statt wirtschaftlicher Ziele im Vordergrund stehen. Ein verstärkter politischer Fokus auf Integrationspolitik hat hier bisher nicht zu nachhaltigem Erfolg auf dem Arbeitsmarkt geführt.

Jan Stuhler ist Professor im Fachbereich Wirtschaft an der Universidad Carlos III in Madrid. Paul Berbée hat als wissenschaftlicher Mitarbeiter am ZEW in Mannheim die Studie mitverfasst, die unter dem Titel „The integration of migrants in the German labor market: evidence over 50 years“ im Fachjournal „Economic Policy“ erschienen ist.

Einwanderung nach Deutschland 1976–2019



Der lange Weg zu individuelleren Vornamen

Wirtschaftshistoriker zeigen den Aufstieg des Individualismus zwischen 1700 und 1850 anhand der Namenswahl

Große politische Umbrüche zeigen sich auch im Kleinen – zum Beispiel in der Wahl anderer Vornamen, die Eltern ihren Kindern geben. Wenn sich Eltern heute einen Namen für ihr Kind überlegen, schöpfen sie aus einem riesigen Fundus. Diverse Vornamenslexika informieren werdende Eltern über das breite Sortiment. Die Vielfalt war nicht immer so groß. An manchen Orten trug früher jedes dritte Kind denselben Vornamen. Im Spätmittelalter war der Name „Johannes“ so populär, dass vielerorts jeder dritte Mann so hieß. Derzeit ist Noah der beliebteste Jungname, aber dennoch wurden nur 1,4 Prozent aller im vergangenen Jahr getauften Jungen so genannt.

Namen unterlagen zwar schon immer Moden, doch sie änderten sich früher nur langsam. Das änderte sich nach der Französischen Revolution. Drei Wirtschaftshistoriker haben sich die Namenswahl in Deutschland genauer angesehen und dafür den Zeitraum zwischen dem Jahr 1700 und dem Jahr 1850 unter die Lupe genommen. Der Trend zu immer individuelleren Namen zeigte sich schon damals. Dafür haben Davide Cantoni (LMU München), Cathrin Mohr (Uni Bonn) und Matthias Weigand (Harvard) mehr als 40 Millionen Namen aus Taufregistern der Kirchen in 13.000 deutschen Ortschaften untersucht, grob erstreckt sich der Untersuchungsraum auf die heutigen Bundesländer Nord-

rhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg.

Ihre These: Der Zusammenbruch des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation in den Jahrzehnten nach der Französischen Revolution 1789 habe nicht nur die Gesellschaften grundlegend verändert, sondern auch dem Aufstieg des Individualismus einen großen Schub verpasst. In etlichen Fürstentümern kamen neue Herrscher an die Macht, die jahrhundertlange Regentenschaften ablösten. Nach mehr als 1000 Jahren erlosch 1806 das Heilige Römische Reich, ein paar Jahre später bildete sich auf dem Wiener Kongress der Deutsche Bund. Verbunden war der politische Umbruch mit einer gesellschaftlichen Mo-

dernisierung: Selbstverwirklichung und Kreativität wurden wichtiger, was sich deutlich an der Namensvergabe zeigt. In den Jahren zwischen der Französischen Revolution und dem Wiener Kongress habe die Namenskonzentration stark abgenommen – neue Namen kamen schneller auf als zuvor. Der häufigste Name war zwar noch immer Johannes, doch im Jahr 1770 wurden fast 48 Prozent aller Jungen so getauft, im Jahr 1820 waren es nur noch knapp 27 Prozent. Die institutionelle Instabilität habe einen kulturellen Wandel ausgelöst, der „sich in einer Hinwendung zu individualistischeren Namensgebungsmustern ausdrückt“, heißt es in einem Arbeitspapier der drei Forscher. tine.

EUROPLATZ FRANKFURT

Sommergewitter

Von Holger Schmieding

Schwächere Wirtschaftsdaten aus den USA und etwas höhere Zinsen in Japan haben die Finanzmärkte in Unruhe versetzt. Nach dem kometenhaften Anstieg vieler Aktienkurse von Ende Oktober bis Mitte Juli kann eine Korrektur kaum überraschen. Allerdings könnte auch mehr dahinterstecken. Ebenso wie beim letzten Kursrutsch im Herbst 2023 fragen sich die Märkte, ob die USA in eine Rezession abgleiten könnten.

Ganz unberechtigt sind diese Sorgen nicht. Die straffe Geldpolitik wirkt. Nach einem langen Höhenflug verlieren der Arbeitsmarkt und damit der Zuwachs der Lohn-einkommen in den USA an Schwung. Steigende Ausfallraten bei Kreditkarten und Automobilkrediten deuten darauf hin, dass die hohen Leitzinsen immer mehr Verbrauchern zu schaffen machen. Sollten viele von ihnen aus Angst um ihren Arbeitsplatz oder wegen mangelnder Kreditwürdigkeit ihre Ausgaben einschränken, könnte die Konjunktur tatsächlich einbrechen.

Bisher zeichnet sich dies jedoch nicht ab. Die Zahl der Menschen, die ihren Arbeitsplatz verlieren, ist weiterhin gering. Für ein echtes Angstsparen gib es bisher keinen Grund. Die Investitionsbereitschaft der Unternehmen ist ungebrochen, unterstützt auch durch großzügige Steueranreize. Da Unternehmen – anders als am Ende früherer Aufschwungsphasen – keine Überkapazitäten aufgebaut haben, müssen sie jetzt nicht kürzertreten. Stattdessen sorgen technologische Durchbrüche beispielsweise im Bereich Künstlicher Intelligenz für einen erhöhten Bedarf an Investitionen unter anderem in Software. Vor allem aber gibt die US-Fiskalpolitik im Wahljahr weiterhin Gas. Die öffentli-

chen Investitionen legten inflationsbereinigt im zweiten Quartal um 9,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr zu, getrieben vor allem durch einen von der Bundesregierung finanzierten Boom der Investitionen auf Gemeindeebene.

Während der private Verbrauch im zweiten Halbjahr erheblich an Schwung einbüßen dürfte, sollten diese Gegenkräfte ausreichen, eine Rezession zu verhindern. Stattdessen rechnen wir von Mitte 2024 an mit moderatem Wachstum, das aber deutlich unterhalb der Trendrate von 2 Prozent liegen dürfte.

Auch in den USA ist die Inflation noch nicht endgültig besiegt, aber mittlerweile so weit unter Kontrolle, dass die US-Notenbank den Fuß von der geldpolitischen Bremse nehmen kann. Wir erwarten, dass sie von September an bei jeder der fünf kommenden Sitzungen ihren Leitzins um jeweils einen Viertelprozentpunkt senken wird. Dies wird dazu beitragen, dass die Konjunktur im Laufe des kommenden Jahres wieder an Fahrt aufnehmen kann. Und sollte die US-Wirtschaft zwischenzeitlich doch erheblich mehr schwächeln als erwartet, könnten die Währungshüter ihre geldpolitischen Zügel sogar schneller lockern, um eine Rezession zu vermeiden oder zumindest schnell wieder zu beenden.

Für Deutschland enthalten die US-Daten jedoch eine unangenehme Botschaft. Während der Dienstleistungssektor in den USA weiter auf Wachstumskurs ist, hat sich die Lage in der für die deutsche Ausfuhr wichtigen Industrie deutlich eingetrübt. Manchen deutschen Exporteuren könnte hier für einige Zeit der Wind ins Gesicht blasen.

Der Autor ist Chefvolkswirt bei Berenberg.

WIRTSCHAFTSBÜCHER

Im Gefühl, etwas Verbotenes zu tun Über Familienunternehmen in Ostdeutschland

Es waren nicht viele, doch es gab sie. Etliche Familienunternehmen auf dem Boden der DDR wurden nach dem Krieg demontiert oder enteignet, die übrig gebliebenen wurden drangsaliert und gegenüber Staatsbetrieben benachteiligt. Viele wanderten unmittelbar nach dem Krieg in den Westen ab, dazu gehören so namhafte Marken wie Teekanne, Odol und Wella. Dennoch gab es bis 1972 auch in der DDR einen kleinen Rest an mittelständischen Familienunternehmen, bis der damals frisch an die Macht gekommene Erich Honecker schließlich zum finalen Schlag ausholte – „zur Beseitigung der Kapitalisten“, wie er sagte – und auch die letzten Mittelständler noch verstaatlicht wurden.

Bis zu jenem Datum im Februar 1972, als das SED-Politbüro die Umwandlung der verbliebenen Unternehmen in „Volkseigene Betriebe“ beschloss, hatten mittelständische Privatunternehmen mit staatlicher Beteiligung noch weitermachen können. Der Wirtschaftshistoriker Rainer Karlsch beschreibt in seinem lesenswerten Buch „Familienunternehmen in Ostdeutschland“ den Niedergang und Neuanfang des ostdeutschen Mittelstandes von 1945 bis heute anhand zahlreicher Beispiele.

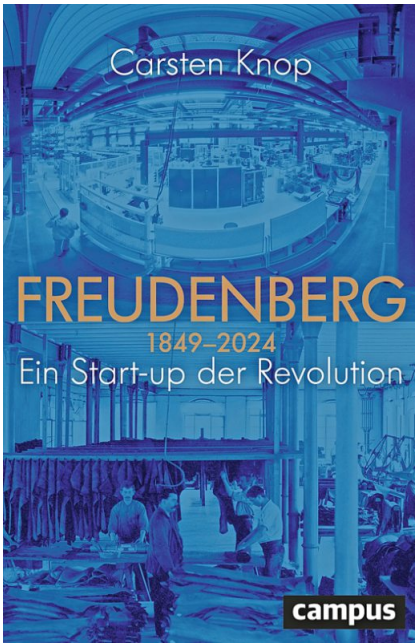
Im Buch wird deren Schicksal eindringlich geschildert. Ein besonderer DDR-Betrieb war das Modeunternehmen Heinz Bormann. Das Unternehmen aus Magdeburg avancierte zu einer international geschätzten Modefirma. Bormann produzierte Kleidung auch für große westdeutsche Versand- und Warenhäuser wie Quelle, Otto und Neckermann. „Heinz Bormann gehörte mit einem Jahreseinkommen von 80.000 Mark zu den Spitzenverdienern in der DDR“, schreibt Karlsch. Er habe sich damit einen großbürgerlichen Lebensstil leisten können, mit Antiquitäten, Westautos und Chauffeur. Den Offizieren der

DDR-Staatssicherheit war er zwar suspekt, in einem Stasi-Bericht wurde er als „hemmungsloser Charakter“ beschrieben; doch ihn schützte lange seine Prominenz und die Tatsache, dass sein Unternehmen Devisen ins Land brachte. Doch der Enteignung 1972 konnte auch Bormann nicht entkommen. Lesenswert sind auch die Geschichten des Berliner Comic-Unternehmens Johannes Hegenbarth, (dessen „Mosaik“-Comics in der DDR Kultstatus errangen) und des Sportwagenherstellers Heinz Melkus (dessen Coupé Melkus RS 1000 der einzige straßenzugelassene Sportwagen der DDR blieb).

Das Schicksal der meisten Betriebe war weniger glanzvoll. Die Vorgaben für Unternehmen in der DDR waren strikt. „Wer auch nur einigermaßen vernünftig wirtschaften wollte, war auf die Überretung staatlicher Anordnungen angewiesen“, schreibt Karlsch. Das öffnete Tür und Tor für Willkür, weil die Funktionäre solche Vergehen entweder großzügig tolerieren oder aber hart bestrafen konnten. Karlsch zitiert den Besitzer eines kleinen Maschinenbaubetriebes: „Man hatte immer das Gefühl, etwas Verbotenes zu tun, wenn man Unternehmer war.“

Nach dem Mauerfall 1989 begann ein schwieriger Neustart. Manche Erben der 1972 enteigneten Betriebe stellten einen Antrag auf Rückübertragung, aber nur wenige Reprivatisierungen verliefen reibungslos. Bis heute sind die Umbrüche spürbar. Karlsch schildert aber auch die Erfolgsgeschichten, etwa die des Oranienburger Spezialfolienherstellers Orafol oder des Dresdner Anlagenbauers Von Ardenne. TILLMANN NEUSCHELER

Rainer Karlsch: Familienunternehmen in Ostdeutschland. Niedergang und Neuanfang von 1945 bis heute; (hrsg. von der Stiftung Familienunternehmen), Mitteldeutscher Verlag, Halle 2023, 368 Seiten, 34 Euro.



Das Familienunternehmen Freudenberg aus dem badischen Weinheim ist ein „Hidden Champion“. Bekannt ist das Unternehmen mit mehr als 50.000 Beschäftigten vor allem für die Marke „Vileda“ mit Wischmopps und Fensterputztüchern; der Konzern liefert aber auch Dichtungen, Filter, technische Textilien und Spezialchemikalien an die Industrie. Gegründet wurde das Unternehmen einst als Lederfabrik. Zum ersten Mal hat das Unternehmen jetzt seine 175 Jahre währende Geschichte vollständig quellenbasiert aufarbeiten lassen. F.A.Z.-Herausgeber Carsten Knop und der Wirtschaftshistoriker Werner Plümpe haben dafür mehrere Jahre im Unternehmensarchiv recherchiert. F.A.Z.

Carsten Knop: Freudenberg 1849–2024: Ein Start-up der Revolution, Campus-Verlag, 550 Seiten, 38 Euro.